

Norddeutsche Arbeiterstimme

Nummer 7

Juli 1955

5 Pfennig

Goslar und Harzburg

Bei den Einwänden einzelner Kollegen: „Was hat die Gewerkschaft mit dem Stahlhelm zu tun? Sie ist doch unpolitisch!“ und dem Rätoreien über die Bezahlung der Arbeiter durch die gewerkschaftlichen Verwaltungsgremien braucht man sich nicht lange aufzuhalten. Es handelt sich hier um jene rückständigen Elemente, die nur von einer kraftvollen Bewegung mitgerissen werden und dann gleich Straßenbahnen und Autobusse umkippen lassen. In ihrer überwiegenden Mehrheit haben die Arbeiter die Gegenaktion begrüßt.

Wegen die Gewerkschaftsmitglieder und Funktionäre rebelliert haben, waren die Halbheiten und Ausweichmanöver der DGB-Führung. Das zeigt sich in allen Ortsverwaltungen, die für die Beteiligung an der Gegenemonstration in Bad Harzburg in Frage kamen. Die Kollegen wollten nach Goslar.

Wie die Diskussionen zeigten, besitzt diese Gewerkschaftsführung eine bewundernswerte Fähigkeit, ihre so schon sehr wacklige Autorität bei der organisierten Arbeiterschaft restlos zu verwirklichen. Ein zweites Mal darf sie sich einen solchen Scherz wie den mit Bad Harzburg nicht erlauben. Hätten die Funktionäre der Verwaltungsstellen nicht mehr Verantwortungsgefühl gegenüber ihrer Organisation und der Arbeiterschaft besessen — die DGB-Strategen, Bad Harzburg wäre eine große Blüte und kein Erfolg geworden.

Man muß sich überhaupt wundern, daß diese Funktionäre es bei der Opposition gegen Bad Harzburg noch fertig brachten, die Kollegen davon zu überzeugen, daß man sich trotz allem beteiligen muß. Harzburg war nun einmal festgelegt worden und dieser Beschluß war nicht mehr rückgängig zu machen. Die Kollegen sahen schließlich ein, daß man den Reaktionsären den Riesenspaß über die Pleite der Gegendemonstration des DGB gegen den Stahlhelmaufmarsch versetzen mußte, verlangten aber einen energischen Protest bei den für den Beschluß verantwortlichen Gremien des DGB, was zum Beispiel in der Vertreterversammlung der IG Metall, Ortsverwaltung Salzgitter, am 24. Juni geschehen ist.

Und ausgerechnet Salzgitter, wo die Diskussion am heftigsten war, stellte mit rund einhundert Teilnehmern in Bad Harzburg das stärkste Kontingent. 19 Busse mußten von hier eingesetzt werden. Das ist darauf zurückzuführen, weil hier in erster Linie die IG Metall einen großen Stamm guter Funktionäre besitzt, die das volle Vertrauen der Mitglieder haben. Diese Funktionäre sind da, wenn es zu handeln gilt, ihre Disziplin aber hat Grenzen, wie die Protestresolution vom 24. Juni zeigt. Das mag man sich oben merken. Schließlich sind sie nicht dazu da, immer wieder auslöcher zu müssen, was andere einbringen.

Sollte durch die Herausstellung von Föcher als Reaktionsären in Bad Harzburg der „unilose“ Charakter der Demonstration gegen den Stahlhelmaufmarsch in Goslar gelähmt gemacht werden, so würde das durch die Nachbepflanzung mit dem 17. Juni noch untergraben. Aber was man sich oben wünscht, ist noch nicht das, was unten wird.

Der blaue Wasser, das Föcher über die Demokratie her sprudelte, rauschte an den Ohren der Zuhörer vorbei. Doch als er in einer Redewendung die Frage stellte:

„Wer erlaubt diesen Leuten in Goslar, heute wieder so aufzutreten?“ kam prompt die Antwort: „Die Adenauer-Regierung!“ Besser und kürzer konnte die heutige Demokratie, in der man mit Gummiknüppeln ungestraft auf die Arbeiter losgehen kann und in der die Militaristen und Faschisten den flüchtigsten Schutz genießen, nicht charakterisieren. Die wirkliche Stimmung kam in dem Sprecher zum Ausdruck: „Wir wollen nach Goslar!“ Diese Stimmung konnte weder von Föcher noch von Beermann niedergeredet werden. Zusammenfassend kann man sagen: es war eine disziplinierte von Kampfeswillen getragene Demonstration.

Was da aufmarschierte, waren ältere Arbeiter, die die Lehren der Geschichte beherzigen und der Anfänge wehren wollten. Was noch aufmarschierte, und was in Goslar fast ausschließlich die Gegendemonstration machte, waren Jugendliche, die die Geschichte nicht kennen. Die einfache Tatsache, daß Militaristen aufmarschieren, rief sie auf den Plan, brachte sie in Harnisch. Damit bekundeten sie zugleich ihre ganze „Hingebung“ zur neuen Wehrmacht. Die Platzeks werden noch ihr blaues Wunder erleben.

In Goslar war Kesselring eingekesselt. Des Großen Führers Großer General war in großen Nöten. Doch Kesselring wurde entkesselt, der Ring gesprengt von der Schutzpolizei der Demokratie. Die „Freunde und Helfer“ haben sich tapfer geschlagen — für den faschistischen General. Die Zeiten haben sich gewandelt, der Geist ist geblieben — die Arbeiter wissen jetzt woran sie sind.

*

Bei dem Bestreben des DGB und der SPD, ihr Versagen anlässlich des Stahlhelmtreffens in Goslar zu entschuldigen, ist es zu sonderbaren Widersprüchen gekommen, die schlechtes Gewissen verraten.

Die Braunschweiger Zeitung vom 13. Juni schrieb:

„... Der Landesbezirk des Deutschen Gewerkschaftsbundes gab am Sonntag zu den Verfällen in Goslar die Erklärung ab, er bedauere, daß kommunistische Kreise sich am Sonnabend in Goslar als Vertreter der Demokratie gebildet hätten. Die Gewerkschaften seien an diesen Verfällen unbeteiligt gewesen. ...“

Die Braunschweiger Presse (SPD) vom 13. Juni 1955:

„... Unter den Stahlhelmgegnern befanden sich auch einige kommunistische Störtrupps, die Tumulte auslösten. Sowohl von der Polizei als auch vom Landesbezirk des DGB Wiedermachens wurde darauf hingewiesen, daß Teilnehmer der Harzburger Kundgebung gegen den Stahlhelm an den Goslarer Zwischenfällen nicht beteiligt gewesen seien. ...“

Der „Vorwärts“ (GDD) vom 11. Juni 1955:

„... Ohne die Mitverantwortung des Stahlhelms in der Zukunft läßt sich der weitere Aufbau der Staatsgar nicht vollziehen. Das war ein in typischer Grobinnensicht ergebener Ausdruck, der beweist, daß die Gewerkschaften mit ihren Protesten ... auf dem richtigen Wege wären ... (Auf dem richtigen Wege waren wir schon, denn die Busse fuhren durch Goslar — dann aber leider weiter!) ... Die Jugend selbst, die

In großen Scharen nach Goslar gekommen war, hatte auch den richtigen Spürsinn für die Gefahren, die ihrer Freiheit durch diese destruktiven Kräfte drohten. Die alte Reichskriegsflagge als Symbol einer polizeistaatlichen Epoche und Uniformen der Naziarmee zeigten in provokatorischer Weise, welchen Weg man zu gehen beabsichtigt. Die Empörung war ehrlich und impulsiv. Daran kann auch der Versuch nichts ändern, die friedlichen Demonstrationen, die in vielfach größerer Zahl als die wehrbehaltenden Stahlhelmer erschienen waren, als Kommunisten oder FDJ-ler hinzustellen... Mit der Abstempelung der Demonstrationen als Kommunisten oder deren Mitläufer will man sich offenbar im niedersächsischen Kabinett gegen Vorwürfe abschirmen, das Stahlhelmtreffen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nicht doch verboten zu haben. ..."

Werte Kollegen und Genossen in der SPD- und DGB-Führung Niedersachsens!

Wenn man sich für den „Harzausflug“ der Gewerkschaften nach Harzburg und der SPD nach Hobegeiß schon entschuldigen muß, — dann bitte in den Veröffentlichungen der Presse etwas mehr Koordinierung!

Salzgitter-Splitter

Im Zeichen der Mieterhöhungen kommt eine erfreuliche (?) Nachricht:

Die Wohnungsbaugesellschaft Salzgitter will in der nächsten Zeit mit dem Bau von Wohnungen für Minderbemittelte beginnen. Je ein Haus mit 9 (!) Wohnungen soll in Drütte, Thiede-Steinburg, Hallendorf, Immendorf und je 2 Häuser mit insgesamt 10 Wohnungen je Ort sollen in Salzgitter-Bad, am Hasenspring bzw. in Gebhardshagen gebaut werden. Die Wohnungen sollen einfach, aber gediegen ausgestaltet werden. In den Häusern wird eine Gemeinschaftsbadanlage im Keller gebaut, die sich schon bei anderen derartigen Bauten bewährt hätte. Der Mietpreis ist noch unbekannt.

Frage: Wie werden die Wohnungen dann unter den ca. 6000 Minderbemittelten verteilt werden? Vielleicht mit Hilfe einer Lotterie?

Im Zeichen der Milliard-Inbereitstellung für die Rüstung:

In der Anselmschule in Lebenstedt werden in Baracken 1050 Kinder in drei Schichten unterrichtet. Bei heißen Tagen muß wegen der Unzulänglichkeit der Baracken über Mittag der Unterricht ausfallen. Bei einer Anfrage anlässlich der 11. Ortsratssitzung in Lebenstedt erklärte ein Vertreter der Verwaltung, mit einem Neubau sei aber frühestens 1956 zu rechnen.

Die Stadt Salzgitter hat zwar 16 Fürsorgerinnen einschl. Säuglingsschweslern. Jedoch werden in Salzgitter-Steterburg infolge Mangel an Räumen für den öffentlichen Gesundheitsdienst Tbc-Kranke und Säuglinge umschütig in einem Raum betreut!

Für das Straßenbau- und Instandhaltungsprogramm stehen für Watenstedt 10 000 DM und für Beddingen 3000 DM zur Verfügung. Für die anderen Ortsteile sieht es dementsprechend aus. Diese Summen reichen nicht einmal, um die Frostschäden des vergangenen Winters ordentlich anzubessern.

Frage: Wäre es nicht besser, die Steuergelder in diese bitter notwendigen Vorhaben zu stecken, als diese Mittel in der Rüstung zu verpulvern?

Im Zeichen der neuen AVAVG-Novelle:

Die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hatte im Geschäftsjahr 1954 einen Überschuss von rund 400 Millionen DM. Für die Arbeitslosenunterstützung wurde im gleichen Zeitraum eine Summe von 822 Millionen DM aufgewandt. Der Überschuss wird „zweckentsprechend“ angelegt. Zum Beispiel wird in Lebenstedt ein neues Arbeitsamt gebaut, welches die entsprechenden Gebühren in Braunschweig usw. in den Schäften stellt. Da ja nahezu die Arbeitslosen in absehbarer Zeit verschwinden sollen, ist anzunehmen, daß dort in Zukunft das Wehrbezirkskommando oder eine ähnliche Stelle einzieht.

Frage: Wie sieht es angesichts der Teuerung mit Unterstützungserhöhungen aus? Vor allem hinsichtlich „zweckentsprechender Anlage“ des Überschusses?

Im Zeichen der Ostlandpropaganda:

Durch Plakate und ähnliche Propaganda wird auf Notwendigkeit der Erneuerung der Flüchtlingsausweise hingewiesen. Ja die alten am 30. Juni 1953 ablaufen. Wenn auch der Aufwand im Vergleich zu den Vergütungen sich meist für den einzelnen nicht lohnt, kenne jedoch das Ausland die Flüchtlingszahlen genau und werde aus der Zahl der beantragten Ausweise Rückschlüsse auf die Rückkehrwilligkeit der Flüchtlinge ziehen. Die Aufrufe enden mit: Vergeßt Eure Heimat nie!

Frage: Glaubt man wirklich, daß die Vertriebenen nach Heimatgefühlen Anträge stellen? Ob Vertriebene bereit sind, nach einer obgedachten „Befreiung der Ostgebiete“ ihre Arbeit und ihr Geschäft aufzugeben und dann freudig zurückkehren werden? Wer hat Interesse, dauernd die Kluft zwischen Einheimischen und Vertriebenen aufzureißen?

Die Irrtümer eines Verwaltungspräsidenten

Vor längerer Zeit ging eine Abschrift aus dem „Salzgitter-Kurier“ vom 25. 5. 51 mit dem Titel: Schönheitsreparaturen trägt der Vermieter — Preisüberwachungsstelle entschied gegen Wohnungs A.G. — unter den Kollegen in der Hütte von Hand zu Hand.

In diesem Artikel war zusammenfassend behauptet worden, daß die Wohnungs A.G. ohne Recht die alten Mietsverträge eingezogen und dafür neue Vertragsbestimmungen unter stillschweigender Duldung der Mieter herabgebracht habe, in denen nichts mehr über Schönheitsreparaturen enthalten war. Der Verwaltungspräsident des niedersächsischen Bezirks Braunschweig, Abteilung für Inneres — Preisüberwachung, hätte jedoch entschieden, daß die Wohnungs A.G. zu dieser Abänderung nicht berechtigt sei und daß die Kosten für den normalen Verschleiß der Wohnungszubehöre, also Ofen, Wannen usw., von der Vermieterin, also der Wohnungs A.G., zu tragen sind.

Ein Kollege war nun der Auffassung, daß dieser Entscheid gültig wäre und verweigerte die Zahlung einer Ofenreparatur, die durch normalen Verschleiß notwendig geworden war. Die Wohnungs A.G. beehrte ihn allerdings, daß dieser Entscheid des Verwaltungspräsidenten bereits überholt wäre. Der Kollege wollte es nicht glauben, daß eine derartige arbeiterschädigende neuerliche Stellungnahme seitens des sozialdemokratischen Präsidenten erfolgt sei und wandte sich an den Präsidenten. Nach ca. 4 Wochen erhielt er ein Schreiben, daß ihn eines besseren belehrte. Es kam folgende Antwort:

„Der von Ihnen angeführte Zeitungsartikel ist nicht zutreffend. In diesem Artikel ist lediglich eine gutschliche Äußerung gegenüber dem Amtsgericht in einem speziellen Fall wiedergegeben worden. In der gleichen Zeit wurde von der Eigentümerin ein allgemeiner Antrag bei der Preisbildungsstelle in Hannover gestellt auf den meine Verfügung vom 13. 3. 1952 ergangen ist. Danach ist die vertragliche Übernahme von Schönheitsreparaturen durch den Mieter nicht zu beanstanden. Meine Rechtsauffassung gegenüber dem Amtsgericht ist damit überholt. I. Auflage gez. Dr. Wollschläger.“

Wir wollen dieser Äußerung nicht viel hinzufügen, denn sie spricht für sich und enthält ungezählte Möglichkeiten für den Vermieter. Wir möchten nur die Kollegen bitten zu überlegen, ob zu der Zeit, wo die erste Stellungnahme gegeben wurde, gerade eine Wahl bevorstand. Das würde dann die Lage klären.

„Wir bitten unsere Lesern gern über den Internationales Kongress der IAB in Düsseldorf berichten, aber leider wurden wir auf Grund eines Vorstandbeschlusses nicht zugelassen. Wir überlassen es unseren Lesern, sich über dieses Vorgehen selbst ihr Urteil zu bilden.“ (Mitteldeutsche, Katholische Wochenzeitung, Düsseldorf, vom 23. Mai 1955.)

Die aus der Übung gekommene Opposition

APFO Nr. 11 bemängelten wir, daß bürgerliche Versammlung zu Landes- und kommunalpolitischen Veranstaltungen, die SPD als Opposition aber das Gesicht nicht ganz zu verlieren, war die Hamburg-Blankenese gezwungen, es der FDP

Thema: „Hamburger SPD in der Opposition“
Neuermann anfangs Juni, Rund 70 Personen
Da Neuermann Vorsitzender der SPD-
und seine Ausführungen nicht uninteressant,
Ausschlüsse zur Landespolitik der SPD, Er
aus:

Hamburger SPD ist seit 1918 — mit Ausnahme der
— zum erstenmal gezwungen worden, in die
zu gehen. Man hätte für diese Aufgabe kein
und keine Erfahrung, da die Bedingungen von
heute anders sind. So ergebe sich bei vielen
in der Verwaltung eine zwangsläufige Erledigung
z. B. bei der Straßenreinigung, dem Straßenausbau
In diesen Verwaltungsabläufen bestehe in den Auf-
kein großer Unterschied bei den Parteien in
Bürgerschaft. Bei den sachlichen Aufgaben ist die SPD
positiv mitzuarbeiten. Die SPD wird auch keine
Anträge stellen; sie wird nur soviel fordern,
selbst unter einem SPD-Senat durchführen würde.

Die SPD will nicht in die Lage des Bürgerblocks kom-
Verprechungen nicht halten zu können. Die SPD
den Lauf einer soliden Aufbaukraft zu verlieren.
Veruche aber trotz der schlechten Blockpolitik, die
eine Richtung zu geben“. Wie z. B. beim Streik, wo
SPD-Fraktion die Bürgerschaft zu einer Sonderstän-
ge (überreden ließ. Der Bürgerblock stehe auf sehr
schwachen Füßen, bei kritischen Abstimmungen muß er
Leute mit Flugzeugen herbeischaffen, um die Stimm-
mehrheit zu haben.

Bei dem Darlehen an Blohm & Voss habe erst die SPD
Bedingungen für die Stadt ausgeschlagen (An-
forderung der Redaktion: Der Block wollte fest keine Zin-
sen, die SPD 5%, jedoch soll die Gesamtzinssumme
nicht über 10% des Jahres-Kolngewinnes betragen. Also
nicht fest keine Zinsen, da Bilanzen vom Schwanz aufge-
zahlt werden.)

Das Argument des Blockes im Wahlkampf von der
überstutzten Verwaltung unter dem SPD-Senat hätte bei
den Wählern gezogen. Aber inzwischen ist von seiten des
Bürgerblockes die Verwaltung erweitert worden (zum
ersten Teil mit den Stimmen der SPD, Die Red.), Der
Senat wurde um 3 Stellen erweitert. In der Schulbehörde
sind der Verwaltungsspitze (diese besteht aus dem Sena-
tor, politischer Leiter; Verwaltungsdirektor und Ober-
schulrat als Fachpersonen) noch eine vierte Person als
Vertreter des Senators und somit als Kontrolle den bei-
den anderen vorgesetzt. Der Oberschulrat ist ein SPD-
Mann, der seine Arbeit so gut mache und soviel Ansehen
unter seinen Kollegen besitze, daß man ihn nicht raus-
schmeißen könne. Hätte die SPD unter ihrem Senat allen
nicht SPD-Fach- und Verwaltungsbeamten noch einen
Oberbeamten beigegeben, dann hätte man 150 Leute haben
müssen.

Warum viele Wähler für den Block gestimmt hätten,
bei auch der Haltung der SPD zur Schulreform zuzu-
schreiben. Die SPD hätte ruhig die sechsjährige Grund-
schule fallen lassen und sich mit dem Übergang zur
Oberschule nach 4 Jahren bereiterklären sollen. Die Hal-
tung in der Schulfrage wäre ein taktischer Fehler ge-
wesen. Bis zur nächsten Wahl müsse man aus dieser Sack-
gasse herauskommen. Jetzt müsse man versuchen, die
Differenzen im Bürgerblock auszunutzen und den Block
zu sprengen; sollte dieses nicht möglich sein, dann muß
man bis zu den Wahlen im Jahre 1937 warten.

In der Diskussion fragte ein SPD-Mann unter ande-
rem, warum man öfters in der Bremer Steinstraße
SPD-Vorsitzender des DGB-Nordmark) mit Blumen-
feld (Fraktionsvorsitzender des Blocks, CDU) auf ei-
nem Podium zusammen reden sieht. Mit solchen Leuten hätte
man nicht zu sprechen. Auf einen großen Klotz gehöre ein
großer Keil. Der Berichterstatter fragte an, warum man
die Arbeiter nicht gegen die verschiedenen Preiserhöhun-

gen mobilisiere und nicht öfters Versammlungen organi-
siere. Als Beispiel führte er den Artikel der „Welt“ über
die Toilettenpapier- und Seitenfrage für die Schulen an,
der die Bürgerschaft veranlaßt hatte, ihren Beschluß zu
revidieren. Was würde da erst eine größere Versammlung
der Arbeiter und Angestellten erreichen?

Im Schlußwort wurde dem SPD-Genossen erwidert,
man müsse sich in der Bürgerschaft in „gesellschaftlicher
und menschlicher Form“ bewegen. Die Mobilisierung der
Arbeiter zur Abwehr wäre richtig, die SPD hätte aber
nicht genügend Geld, um von Zeit zu Zeit Flugblätter an
alle Hamburger Haushalte herauszugeben. So ein Flug-
blatt koste immerhin seine 7— 8000 DM. Und wenn man
sich auf der parlamentarischen Ebene bewege, dann
müsse man die Mehrheit anerkennen und ... bis zur
nächsten Wahl warten.

„Warte, warte noch ein Weilchen...“. Ist das auch
euere politische Melodie, SPD-Genossen und -Arbeiter?

Dem Bericht über die SPD-Versammlung können wir
noch einen praktischen Fall sozialdemokratischen Denkens
und Handelns hinzufügen: Die Erhöhung der Gas- und
Wassertarife. Mit viel Gekacker und Geschrei wurde gegen
die Erhöhung von der SPD angegangen. Nicht um sie zu
verhindern, nein, nur um die sozialen Härten „abzu-
schwächen“.

Worin besteht nun die „Enthärtung“ des Senatsvor-
schlages? Darin, daß künftig keine Zählermiete mehr be-
zahlt wird. Der Senatsvorschlag hatte 1.— DM Zähler-
miete vorgesehen. Letztere kommt nicht zum Zuge, die
SPD hat damit einen stolzen Sieg errungen! 12.— DM
macht die jährliche Ersparnis je Haushalt aus. Aber der
Tarif pro Kubikmeter Gas wird um 4 Pfg. erhöht. Für die
Wassertarife erhöht sich der Preis pro Kubikmeter um
7,5 Pfg. Die SPD-Fraktion konnte sich nämlich dem Ar-
gument der besseren Wasserversorgung „nicht verschlie-
ßen“, Nevermann (SPD):

„Damit wollen wir nicht zuletzt beweisen, daß wir
auf keinen Fall Opposition um der Opposition willen
zu betreiben gedenken. Wir sind zur Mitarbeit
bereit. Und wir wären unsäglich ge-
wesen, hätten wir die Notwendigkeit
dieser Tarifierhöhung nicht anerkannt.“

Auf Kosten der Arbeiter und Angestellten ist man be-
reit, dem Block zu beweisen, daß die SPD mitarbeiten
will. Der Bürgerblock kann sich eins ins Fäustchen
lachen. Diese Mätzchen sollen wohl den Block sprengen.
Die Schildbürger hätten es nicht viel dünner angestellt.

In der letzten Bürgerschaft kloppten sich die Herren
vom Bürgerblock und der SPD darum, wer nun das so-
zialere Herz habe. Die SPD beantragte, um den Sieg da-
von zu tragen, daß die Feuerungsbeihilfen für diejenige
erhöht werden, deren Einkommen den Fürsorgeerlass
„nicht wesentlich“ überschreite. Noble Gestalt! Auf der ei-
nen Seite nimmt man es den Armen ab, dafür gibt man
ihnen einen Groschen. Wenn das keine Verhöhnung ist!

Anerkannte Nevermann nicht in der Blankenese Ver-
sammlung, daß es richtig wäre, gegen die Preiserhöhun-
gen die Arbeiter zu mobilisieren? Die SPD ist aber be-
reits im Parlamentskretinismus versunken, so daß die Ar-
beiter den Kampf gegen die Erhöhungen alleine aufschrei-
ben müssen. Heute sind es Pfennige, morgen werden es
Markstücke sein.

Das Totenschiff.

Ende Mai verursachte, durch Bruch des Schießers vom
Verbindungslutten, überlaufendes Benzin mehrere Explu-
sionen auf dem Tanker „Marianne“, wodurch 7 Menschen
den Tod fanden und mehrere Personen verletzt wurden.
Wahrscheinlich entzündete sich das Benzin-Luft-Gemisch
an dem in der Kombüse brennenden Ofen.

Die Verhandlungen vor dem Senat ergaben, daß fehler-
lässig gehandelt wurde. Zum Teil sollen die Schützlinge
aus den Schaulöchern einiger Tanks gelebt haben, so daß
das Feuer ungehindert in die Tanks schlagen konnte. Ein-
nen Schuldspruch brauchte das Senat nicht fällen, da